

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

16.12.1925 (No. 292)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14.
Verlagspreis:
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
K. M. u. d.
Karlsruhe.

Verlagspreis: Monatlich 2.—, Postamt einschließlich Postgebühren. — Einzelnummern 10 Cent. — Samstag 15 Cent. — Anzeigengebühr 14 Goldmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bei Wiedererlangen tariflicher Rabatt, der als Rosenblatt gilt und berechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind berechnung und Kontraktverfahren förmlich der Abgabe. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Haftung, falls die Zeitung verzögert, in betrübtem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Regierungskrise im Reich

Die Richtlinien des Abg. Dr. Koch

Abg. Dr. Koch hat am Dienstag nachmittag den Parteiführern die von ihm ausgearbeiteten Richtlinien vorgelegt. Das Ergebnis der Beratungen war, daß sich zwischen den Führern der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein grundsätzliches Einverständnis ergab. Die Verhandlungen werden am heutigen Mittwoch fortgesetzt, wobei auch die Wirtschaftliche Vereinigung hinzugezogen wird. Wie weiter gemeldet wird, sind Personenfragen noch nicht erledigt worden, auch nicht in den einzelnen Fraktionen.

Die Richtlinien, die der Abg. Dr. Koch den Parteiführern vorlegte, sollen im Wortlaut erst veröffentlicht werden, wenn ihre endgültige Formulierung feststeht. Es wird jedoch mitgeteilt, daß sie außenpolitisch darauf hinführen, eine Lebendigmachung des Geistes von Locarno zu erreichen, und daß der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Besetzung möglichst bald beseitigt wird. Weiter wird betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig ist und daß eine weltwirtschaftliche Konferenz geeignet ist, hier fördernd zu wirken.

Was die innenpolitischen Festsetzungen betrifft, so wird hervorgehoben, daß der Zolltarif kein Selbstzweck sei, sondern ein Instrument, um eine möglichst große Ausdehnung des europäischen Handels in der Welt zu erreichen.

Ferner wird die Frage der Siedlung angeschnitten, die mehr als bisher gefördert werden müsse, besonders um den Inlandsmarkt zu stärken. Es wird die Notwendigkeit betont, daß die Wirtschaft rationalisiert wird. Um bei diesen Bemühungen zu einer höheren Wirtschaftlichkeit zu kommen, wird ein enger Zusammenarbeiten zwischen der Wirtschaft selbst und der Reichsregierung sowie den Regierungen der Länder gefordert, um so sich gegenseitig in die Hand zu arbeiten.

Es wird weiter die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Steuererträge verlangt. Ferner wird eine Anzahl von Forderungen auf sozialpolitischen Gebieten erhoben. Die Besprechungen mit dem Arbeitsminister haben hier bereits eine brauchbare Grundlage geschaffen. Es wird sodann ein Gesetzentwurf vorgelesen, der alle Arbeitszeiträume zusammenfaßt (Kinderzuschuß, Schutz der Frauenarbeit, Sonntagsarbeit usw.). Hinsichtlich der Ratifikation des Washingtoner Abkommens wird gesagt, daß diese gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen sollte, damit eine gewisse Gleichzeitigkeit der hauptsächlichsten Industrieländer gewährleistet wird.

Pressestimmen

Die Wälder der beiden Flügelvorteile der Großen Koalition, „Tägliche Rundschau“ und „Vorwärts“, betonen in ihren Bemerkungen zu den Besprechungen über die Regierungsbildung, daß unter allen Umständen Klarheit geschaffen werden müsse. Das sozialdemokratische Blatt erklärt, daß neben den Reichlichen Richtlinien das sozialdemokratische Programm einbezogen, und es sei unmöglich, daß beide Programme nebeneinander weiter bestünden. Die Reaktion müsse wissen, ob und in welchen Punkten die sozialdemokratische Fraktion ihr Programm weiter aufrecht erhalte und ob es sich um Wendebedingungen handle. Das sozialdemokratische Blatt teilt mit, daß die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion, die gestern Abend von dem Programmentwurf Kochs Kenntnis erhielt, ihre Vertreter bei den Verhandlungen beauftragt habe, auf eine klare und eindeutige Formulierung bestimmter Punkte zu dringen, die bereits in dem sozialdemokratischen Programmentwurf in unmissverständlicher Form dargestellt worden seien. Im Namen der Reichsstaatsfraktion könne das Blatt erklären, daß die Sozialdemokraten zu ihren Vorklären händen. Das Blatt drückt schließlich die Hoffnung aus, daß der heutige Tag endlich volle Klarheit über das Schicksal der Großen Koalition bringen werde.

In der Zentrumskolonie unterbreitete Dienstag Abend Dr. Warr die von dem Abg. Koch aufgestellten Richtlinien. Die Fraktion beauftragte den Fraktionsvorstand, auf dieser Grundlage die Verhandlungen weiter zu führen.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Sportbeziehungen. Auf der in Lausanne abgehaltenen ersten Tagung der französischen und deutschen Leichtathletikverbände wurde beschlossen, die Beziehungen, die seit Ausbruch des Krieges bis jetzt unterbrochen waren, wieder aufzunehmen. Der erste Match soll zu dreien zusammen mit den Schweizern im Juni 1926 in Genf oder Lausanne ausgetragen werden. Für August 1927 ist der erste deutsch-französische Match im Pariser Stadion angelegt worden.

Ein zahnärztlicher Einheitsstand in Deutschland. Zwischen den Organisationen der deutschen Zahnärzte und der Zahnärztnisse fanden auf Einladung des Wohlfahrtsministeriums am Montag und Dienstag in Berlin Einigungsverhandlungen statt, die die Schaffung eines einheitlichen zahnärztlichen Verbandes auf akademischer Grundlage zum Ziele hatten. Die Verhandlungen, an denen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Kultusministeriums und Mitglieder fast aller Landtagsfraktionen teilnahmen, führten zu einem Übereinkommen, das unter gewissen Bedingungen die Approbation von Zahnärztern als Zahnärzte vorsieht.

Deutscher Reichstag

BRD, Berlin, 15. Dez.

Der Reichstag hat heute mittag 1.15 Uhr die Weiterberatung der Anträge über

die Beforderungsaufbesserung der Reichsbeamten fortgesetzt.

Als erster Redner kam der Zentrumsgewählte Groß zu Wort. Er bedauert die Haltung die die Regierung in der Befordungsfrage eingenommen hat. Den Beamten seien schon seit langer Zeit regierungsseitig immer wieder Versprechungen gemacht worden. Wenn man ihnen nichts geben wollte, dann hätte man nicht solche Hoffnungen wecken dürfen, die umso bitterer enttäuschten. Für das von der Regierung im Ausschuss besprochene „unannehmbar“ fehle jede sachliche Begründung. Der Redner verteidigt dann den Ausschuh Antrag gegen den Vorwurf des Abg. Morath, daß er unsozial sei. Das gelte eher für den Antrag Morath, der den Beamten der höheren Gehaltsgruppen 130 M., denen der unteren nur 25 M. bringt.

Abg. Steinkopf (S.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Morath. Es sei unklar, daß der frühere Reichsminister Pauer den Empfang einer Beamtendeputation abgelehnt habe. Der Redner bekämpft den Antrag Morath und tritt für den Ausschuh Antrag ein.

Abg. Lunde (Wirtschl. Verein.) betont die schwere Notlage der Beamten dürfe nicht zum Gegenstand parteipolitischer Agitation gemacht werden. Als Gegenstück zu der früheren Inflation sei jetzt eine erschreckende Verarmung des deutschen Volkes eingetreten. Mit der vorgeschlagenen Weihnachtsbeihilfe werde zwar nicht die Not der Beamten gehoben, aber wenigstens etwas Weihnachtsfreude in die Beamtenfamilien gebracht. Es wäre ein Unrecht, wenn man die Befordungsgruppen sieben bis zwölf ganz unberücksichtigt lassen würde.

Abg. Dauer (V. Sp.) tritt für den Antrag seiner Fraktion ein, dem der Reichsminister zugestimmt hat. Den Beamten, besonders den Reichsbeamten müsse schnell geholfen werden. Daher habe es seinen Zweck, weitergehende Anträge zu stellen, deren Durchführung am Widerstand der Regierung scheitern würde.

Abg. Dietrich-Franken (V.) bezieht sich auf die beantragte Aufbesserung als lächerlich und ganz unzureichend. Die Beamten, die mit solchen Beträgen abgefunden werden, könne es nicht verstehen, wenn auf der anderen Seite die Reichsmittel mit vollem Sand ausgegeben würden. Wenn die Minister sich freiwillig in die Befordungsgruppe IV verbeugen ließen, dann würden sie mehr Verständnis für die Not der Beamten haben.

Abg. Tiedt (K.) kritisiert die Verjorgung der Kriegshinterbliebenen, die ganz unzureichend sei.

Reichsminister Dr. Luther: Die geschäftsführende Regierung muß noch einmal aussprechen, daß es ihr unmöglich ist, einen Beschluß durchzuführen, der eine Dauerregelung vorsehe, und damit auch die kommende Regierung binden würde. Andererseits hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß für die Beamten möglichst in ihren notwendigen Gruppen etwas Positives im Rahmen unserer beschränkten finanziellen Möglichkeiten geschieht. Die Regierung ist auch damit einverstanden, daß in dem Antrag der Bayerischen Volkspartei das Frauengeld von 5 auf 10 Mark erhöht wird. Dieser Antrag bringe eine soziale Regelung, bei der die Mittel dahin fließen wo sie am meisten gebraucht werden. Der Antrag des Haushaltsausschusses sieht dagegen eine Dauerregelung vor. Er würde auch der Neuverteilung vorgezogen, die in der Weise geplant ist, daß die Zahl der Befordungsgruppen vermehrt werden soll (Anruhe und Zurück links). Diese Neuverteilung soll gerade die Beamten der unteren Gruppen gerechtere Verhältnisse schaffen. Es wäre gewiß zu begrüßen, wenn wir die Beihilfe auch einer über VI hinausgehenden Befordungsgruppe gewähren könnten. Angesichts unserer Finanznot müssen wir uns aber bei solchen Notstandsmaßnahmen auf den engsten Rahmen, in diesem Falle auf die Gruppen beschränken, in denen die Not am größten ist. Die Länder und Gemeinden wären zu einer Ausdehnung auf weitere Gruppen nicht in der Lage. Von der preussischen Staatsregierung ist heute die Auskunft eingegangen, sie sei nicht in der Lage, aus eigenen Kräften den Beamten von Gruppe VII aufwärts eine Aufbesserung zu gewähren. Unter diesen Umständen kann auch die Reichsregierung dem Antrag Morath nicht zustimmen. Eine Erschütterung unserer Finanzen würde die Beamten am meisten schädigen (Lärm und Lärm bei den Kommunisten: Sie haben noch nie etwas für die Beamten getan). Das ist eine unerhörte Beschimpfung, die ich entschieden zurückweise. Ich bin bei jeder Gelegenheit, für die Beamten eingetreten (Beifall rechts, Pfuihupe bei den Kommunisten).

Damit ist die Aussprache beendet. Zu dem Antrag des Haushaltsausschusses liegt ein Antrag Fried (Völk.) vor, der die Regierung erucht, unbedinglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Existenzminimums aufgebauete Befordungsordnung vorzulegen.

Der Antrag wird im Sammel sprung mit 209 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der zweite Teil des Antrages, der eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark verlangt, wird abgelehnt.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich dann über die Frage, ob zuerst über den Antrag des Haushaltsausschusses oder über den der Bayerischen Volkspartei abgestimmt ist. Die Mehrheit entscheidet sich dafür, daß zu-

erst der Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Abstimmung kommt.

Darauf erklärt Abg. Steinkopf (Soz.), nunmehr müßten seine Freunde zu ihrem Verhalten für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen, um überhaupt etwas für die Beamten zu retten.

Nach der Annahme eines Änderungsantrages wird der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit großer Mehrheit in der Form angenommen, daß eine einmalige Weihnachtsbeihilfe bezahlt werden soll den Beamten, Parteigeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angehörigen der Gruppen von I—IV ein Viertel, den Beamten usw. der Gruppen V und VI ein Fünftel des Dezembergehalts, mindestens aber den Ledigen 30 M., den Empfängern eines Frauengeldes 40 M., den Empfängern von Kinderzuschlägen außerdem 5 M., den Volkswaisen insgesamt 10 M., den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Dezemberbezüge.

Die weitergehenden Anträge sind damit erledigt.

Angenommen wird weiter eine Entschließung der Demokraten, daß die Reichsbahngesellschaft die den Ausgewiesenen gewährten Darlehen zum vollen Betrage nichterschlagen möge. Weiter wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen auf Vorlegung einer Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Übersicht über die zurzeit laufenden Pensionen sämtlicher Reichsminister, Reichsbeamten, Staatssekretäre und Generäle aller Grade a. D., und im einstweiligen Ruhestand.

Schließlich gelangte noch der Antrag der Deutschnationalen zur Annahme, der schnellst einen Gesetzentwurf zur Regelung der Ministerpensionsverhältnisse verlangt.

Auf der Tagesordnung folgt dann

der Gesetzentwurf zur Entlastung des Reichsgerichts.

Er befaßt nach dem Ausschuh Antrag daß die Revision bis zum 31. Dezember 1926 nicht gefügt werden kann auf eine Verletzung der Vorschriften, die das richterliche Fragerecht und die Beweiswürdigung. Die Revisionsbeschränkungen in Ehrensachen hat der Ausschuh aus der Vorlage getrichen.

Staatssekretär Joel äußert Bedenken gegen die Streichung der Revisionsbeschränkungen in Ehescheidungsachen.

Die Vorlage wird in der unveränderten Ausschuhfassung in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen, ebenso eine Novelle zur Strafprozessordnung, daß bei Abrechnungen von Privatlagerechnungen das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme bestimmt.

Debatte über den Gesetzentwurf über die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen angenommen.

Gegen 16 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 3 Uhr Tagesordnung: Sentung der Lohnsteuer.

Polnischer Rechtsbruch gegen eine deutsche Firma. Das Posener Liquidationsamt hat gegen die Bromberger Verlags- und Druckerei-Firma Dittmann, in deren Besitz die Bromberger „Deutsche Rundschau in Polen“, das führende Blatt des Deutschtums in dem an Polen abgetretenen deutschen Gebiete sich befindet, widerrechtlich das Liquidationsverfahren eröffnet. Die Verlagsfirma Dittmann ist ausschließlicher Besitzer der gleichnamigen schon seit 70 Jahren in Bromberg ansässigen Familie, deren Mitglieder sowohl nach den Bestimmungen des Pariser Vertrages, als auch nach den des Wiener Abkommens unabweisbar die polnische Staatsbürgerschaft besitzen, also sowohl nach Geburt, als auch nach Wohnsitz polnische Staatsbürger sind. Tatsachen, die bisher von den polnischen Behörden nie angezweifelt worden sind.

Verchiebung der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hört, daß die Bildung einer Sonderkommission, die den Boden für eine Weltwirtschaftskonferenz unter den Auspizien des Völkerbundes vorbereiten soll, mindestens bis März verschoben wurde. Es wird erklärt, daß der Völkerbund und die Sachverständigen mit anderen Arbeiten überhäuft seien. Die vernünftliche Auffassung sei aber der extreme Charakter der Vorschläge Loucheurs. Der Wirtschaftliche Ausschuh des Völkerbundes habe auch auf die Abwesenheit deutscher Vertreter in der vorgeschlagenen Kommission hingewiesen.

Eupen und Malmedy. Das belgische Außenministerium stellt entschieden in Abrede, daß in London oder in Locarno irgendwelche Abmachungen über Eupen und Malmedy zwischen den Alliierten und den deutschen Ministern getroffen worden wären.

Bozen ohne Weihnachtsbaum. Nach Meldungen aus Bozen ist dort das Verbot erlassen worden, die Weihnachtsfeier in der bisherigen Weise nach deutscher Art vorzunehmen. Aber das Verbot herrscht in Südtirol begriffliche Auslegung.

Der Locarno-Vertrag in der französischen Kammer. Von der französischen Regierung wurde am Dienstag der Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Abmachungen von Locarno in der Kammer eingebracht, der an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten verwiesen wurde.

Nach keine Entscheidung im Moskau-Konflikt. Die in einigen Blättern wiedergegebene Meldung von einem Bericht über die Entscheidung des Völkerbundesrates in der Moskaufrage ist unrichtig. Der amtliche englische Kundendienst hat bisher keinerlei Meldung über diese Entscheidung veröffentlicht, über die ihm von zuständiger Stelle bisher keinerlei Auskunft vorlag. — Es war gemeldet worden, daß das Mesopotamien, also England, zugeteilt werden soll.

Mit der Beilage: 8. u. 9. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Wohnungswesen und Reichsarbeitsministerium

Im Reichsarbeitsministerium fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Tagung der für das Wohnungswesen zuständigen Minister der Länder statt. Erörtert wurden Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft im Jahre 1926, insbesondere die Frage der Finanzierung von Neubauten und der Verbilligung der Bauausführung. Über einstimmig bestand darüber, daß ein möglichst einheitliches Vorgehen vor allem bei der Gewährung von öffentlichen Mitteln für Bauzwecke dringend erwünscht sei. Die durch das Finanzgleichgesetz den Ländern auferlegte Verpflichtung, 15 bis 20 Proz. der Friedensmiete für Bauzwecke zur Verfügung zu stellen, müsse voll eingehalten werden. Die rechtzeitige Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung sei erforderlich. Die planmäßige Durchführung aller Verbilligungsmöglichkeiten von der Beschaffung des Baulandes an bis zur endgültigen Fertigstellung der Gebäude müsse angestrebt werden, um mit den vorhandenen Mitteln das möglichste zur Beseitigung der Wohnungsnot zu erreichen.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Vor dem Plenum des bayerischen Landtags hielt Dienstag nachmittags bei der Staatsdebatte Ministerpräsident Held eine Rede, in der er u. a. erklärte, Deutschland habe ein Recht darauf, als Großmacht und Kulturmacht angesehen zu werden und seine völlige Entfaltungsmöglichkeit wieder zu erhalten. Nach dem Vertrag von London und dem Pakt von Locarno bestrebe sich die Franzosen keine innere Berechtigung mehr, am Rheine stehen zu bleiben. Die Pfalz und das Rheinland müßten frei werden. So lange dieses nicht geschehen sei, könne es sich nicht als gleichberechtigte Macht betrachten. Die deutschen Minoritäten dürfe Deutschland nicht verflümmern lassen.

Zur inneren Politik betonte der Ministerpräsident u. a., das Reich habe sich in Gebiete hineingedrängt, die die ursprüngliche Domäne der Länder seien. Gewisse Verwirklichungsbestrebungen gingen nicht darauf aus, ein einheitliches Reich, sondern ein einheitliches Preußen zu schaffen. Der Föderalismus sei das historisch Gewordene und auch die Quelle neuer Kräfte für die einzelnen Staaten und damit für das Reich. In seinen weiteren Darlegungen bezeichnete der Ministerpräsident die Revision der Weimarer Verfassung als eine Grundforderung. Der Reichstag habe alle Veranlassung, sich um die Sparsamkeit beim Reiche zu kümmern, nicht nur um die Sparsamkeit der einzelnen Staaten. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung sei nicht möglich ohne eine Revision der bayerischen Verfassung. Ein Staatspräsident sei notwendig. Der Ministerpräsident wandte sich dann den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner über den beabsichtigten Ruf für den Monarchismus in Bayern zu. Er erklärte, der Verband „Bayernfreue“ bezwecke die Förderung der Idee der monarchischen Staatsform in legaler Form und verfassungsmäßiger Weise. Er, Held, sei stolz, ein Legitimist zu sein und achte die Gesetze, so lange sie zu Recht beständen.

Rücktritt des französischen Finanzministers

Der französische Finanzminister Loucheur ist am Dienstag zurückgetreten, nachdem der Finanzausschuß der Kammer einen Beschluß hinsichtlich der Behandlung der Loucheurschen Sanierungspläne, der ein Mißtrauensvotum für Loucheur enthielt, nochmals bestätigt hatte. Zur Vorgeschichte des Rücktritts wird aus Paris berichtet: Im Verlaufe der Sitzung des Finanzausschusses erklärte Loucheur, die Regierung bestrebe darauf, daß die zum Ausgleich des Budgets notwendigen Steuern so rasch wie möglich verabschiedet werden, andererseits sei die Regierung aber auch bereit, an den Ausgaben Abschnitte vorzunehmen, so beim Heeres- und Marinebudget, wodurch das Defizit auf 5,6 Milliarden geschätzt Defizit stärker herabgesetzt werden könne. Die Kommission habe sich dann über diese Erklärung Loucheurs beraten. Es herrschten zwei Stimmungen. Die von Bokanowski zum Ausdruck gebrachte Auffassung ging dahin, daß sich die Kommission an ihre Entscheidungen halten und die Finanzgesetze entwerfen an die Regierung zurückgehen lassen müsse, während die andere Auffassung, die des sozialdemokratischen Abgeordneten Léon Blum, dahin ging, der Finanzausschuß müsse seinerseits die Initiative ergreifen und Gegenentwürfe einbringen. Hierauf hat die Finanzkommission nach längerer Debatte beschlossen, lediglich die Finanzgesetzentwürfe Loucheurs zu prüfen, die sie als Diskussionsbasis herbeizuerkennen hatte, nämlich den Gesetzentwurf betreffend die Kapitalflucht und den Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Wie Savas berichtet, soll Briand geneigt sein, den Senator Paul Doumer, den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, zum Nachfolger Loucheurs zu berufen. „Petit Pari-

sien“ berichtet, daß Doumer bereits grundsätzlich angenommen habe. Doumer hatte übrigens in dem nach der Konferenz von Cannes zurückgetretenen Kabinett Briand ebenfalls den Posten des Finanzministers inne.

Kurze Nachrichten

Keine zweite Dawesanleihe. Zu der englischen Mitteilung, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, in den Vereinigten Staaten sich nach den Aussichten für eine zweite Dawesanleihe erkundigen würde, bemerken die Berliner Mäler, daß die maßgebenden deutschen Kreise nicht beabsichtigen, eine derartige Anleihe aufzunehmen, und daß ein dahin gehendes Ersuchen nicht an den Generalagenten gerichtet worden sei.

Eine Einladung des Völkerverbands an Deutschland. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Einladung des Vorsitzenden des Völkerverbands an die Deutsche Regierung zur Teilnahme an der am 15. Februar nächsten Jahres beginnenden Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Abhängigkeitsfrage in Berlin eingegangen. Wie verlautet, sind entsprechende Einladungen auch an Rußland und die Vereinigten Staaten ergangen.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-italienischen Handelsvertrag. In Rom haben am Dienstag Ministerpräsident Mussolini und Vizepräsident Freixner von Neurath im Palazzo Chigi die Ratifikationsurkunden zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag ausgetauscht. Zugleich wurden auch die Urkunden über das deutsch-italienische Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen ausgetauscht. Der Vertrag tritt mit dem 16. d. M., das Abkommen am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben in Paris wieder begonnen, nachdem der deutsche Staatssekretär Dr. Trendelenburg dort eingetroffen ist.

Die Verhandlungen über die Ein- und Ausfuhr von Waren. Die durch die Änderung des statistischen Warenverzeichnis vom 1. Oktober 1925 erforderlich gewordene Neufassung der Verordnungen über die Ein- und Ausfuhr von Waren wird in einer der nächsten Nummern des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht werden.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn. Die Eisenbahntariforganisationen nahmen am Dienstag vormittag in Berlin in einer gemeinsamen Konferenz zu dem negativen Verhandlungsergebnis über die Lohnforderungen der Personals Stellung und beschlossen nach eingehenden Erörterungen, den Reichsarbeitsminister um die Einleitung des Schlichtungsverfahrens zu ersuchen.

Kein Volksentscheid in Mecklenburg. In die vergangene Woche in Mecklenburg aufgelegten Listen zur Herbeiführung eines Volksentscheids über die Auflösung des Landtages sind nach den vorliegenden Nachrichten nur etwa 10 000 Namen eingezeichnet worden. Da für die Veranlassung des Volksentscheids etwa 70 000 Stimmen notwendig sind, darf die Initiative als mißglückt angesehen werden. Das Ergebnis war bis zu einem gewissen Grade zu erwarten nachdem sich die sozialdemokratische Partei und die demokratische Partei neutral erklärt hatten.

Maßregelung Rittis. Wie die italienischen Mäler melden, soll der frühere Ministerpräsident Rittis seiner Stellung als Universitätsprofessor entbunden worden sein.

Neue Kämpfe in China. Japanischen Berichten zufolge ist im Abschnitt von Pailichiu, 30 Meilen von Mukden entfernt, ein heftiges Gefecht im Gange, das wahrscheinlich für das Schicksal Tchangshajins entscheidend sein wird.

Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925. Mit Erläuterungen, Einleitung und Sachregister von Dr. Hans Herzogheimer, Regierungsrat am Landesfinanzamt Speyer. M. 8, IV, 230 Seiten. München 1925. C. S. De. Ganzleinen gebunden 5 M.

Wetternachrichtenbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 16. Dezember 1925, 8 Uhr vormittags. In Baden fiel gestern im Süden und im Schwarzwald untertags noch Schnee. Dann begann es unter dem Einfluß starken Druckanstiegs von Nordwesten aufzuheutern. Die heutigen Morgenstemperaturen liegen gegen gestern früh um durchschnittlich 3 Grad tiefer. Das Tagesmittel war 4 Grad unter normal. Der Hochdruck nimmt weiter an Einfluß zu. Meist heiterer Himmel wird nachts durch Ausstrahlung starken Frost bedingt. Auch untertags wird vielfach in der Ebene Frost herrschen. Wetterausichten für morgen: Starker Nachtfrost, untertags in der Ebene Temperatur bei 0 Grad, meist heiter, nördliche Winde.

stetem Wachsen. Die alte Frage taucht auf, ob ein Psychopath, ein geisteskranker Mann gute Früchte treiben könne; ob der Intellekt unberührt bleibe von der Krankheit der Seele. Ich glaube das nicht. Die Seele prägt ihr Wesen allem auf, was sie schafft; ihre einzelnen „Vermögen“ stehen nicht unabhängig nebeneinander und führen ihr eigenes freies Leben. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“. Zweifellos besaß Strindberg eine hohe Intelligenz und einen eisernen Jeleib; aber sein geistiges Dichten muß doch in die Farbe der beherrschenden Seele getaucht sein. Aber es ist hier nicht der Ort, diese große Frage zu lösen. Wir beschränken uns darauf, die Darstellung zu betrachten, und diese ist ganz ausgezeichnet. Das Buch liest sich wie ein spannender Roman und die Schicksale, die Strindbergs ruheloher Geist sich geschaffen hat, sind in der Tat romanhaft. Die Freunde Strindbergs werden das höchst geliebte Erinnerungswort lebhaft begrüßen und jeder Fernstehende wird durch dasselbe aufs Schönste belehrt darüber, was Strindberg war und geleistet hat.

Johann Bojer: Der große Hunger. (C. S. De. München). — Der ausgezeichnete Verlag macht uns mit einem ganz großen norwegischen Dichter bekannt, der verdient an die Seite Knut Hamsens und Jens Peter Jacobsens gestellt zu werden. Das Buch atmet die ganze Frische und Gesundheit der nordischen Landschaft; Es ist der hohen Berge, Salzlust des Meers weht uns an; die Nacht des nordischen Winters erdrückt uns, die langen Sommertage des Nordens erquiden uns. Kräftig, kräftig, ergreifend und rührend ist die Zeichnung der Menschen und spannend die Handlung. Aber über alles dieses Stoffliche ragt der Geist des Dichters in der Darstellung des großen Hungers der Menschen nach Glück.

Das arme kleine Mädchen malt sich das Glück in Gestalt des reichen und mächtigen Ingenieurs, dem die Welt gehört. Sein frühestes Kraum war allerdings der heilige Mann, dessen Wort die Sterne bezwingt und damit deutet der Dichter auf die Lösung, die er dem Problem gibt. Wissen und Reichum sind erreicht; Glück im Genuß einer befreienden Ehe eben-

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Tagesordnung für die Vollziehung am Freitag

Am Freitag, 18. Dezember, nachmittags 1/4 4 Uhr, tritt der Landtag wieder zusammen. Die Tagesordnung lautet: Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über

1. den Gesetzentwurf über die Ergänzung des Verzeichnisses der Landstrafen, Berichterstatter Abg. von Au;
2. den Gesetzentwurf über Aufnahme einer Anleihe durch das Land Baden, Berichterstatter Abg. Marum;
3. den Gesetzentwurf über die Landeslehrkräfteverordnung;
4. Antrag des Herrn Finanzministers auf Vorwegbewilligung von Ausgaben für Baunterhaltungsarbeiten für das Rechnungsjahr 1926.

Rechtspflegeauschuß des Landtages

Der Rechtspflegeauschuß besaßte sich in seiner Sitzung vom 15. d. M. erneut mit der Frage der Vereinigung von Gegenweiser und Rippertsreute. Anlaß dazu gab ein Gesuch der Gemeinde Andelsbosen. Diese Gemeinde ist gegen den früheren Beschluß des Ausschusses, der sich für die Zusammenlegung ausgesprach. Der Berichterstatter schlug vor, das Gesuch für erledigt zu erklären. Es ergibt sich einstimmige Annahme dieses Antrages. Es soll also die Vereinigung von Gegenweiser und Rippertsreute durchgeführt werden.

Ein Antrag des Zentrums will, daß die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung die Abänderung des § 9 der Reichsdemobilisierungsverordnung vom 18. März 1919 dahin anzugeben, daß im Bereiche von Landorten durch bezirks- und ortspolizeiliche Vorchrift die Lebenszeit auf 8 Uhr abends festgesetzt werden kann. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Zentrumsantrages mit den Stimmen aller Parteien, bei zwei Enthaltungen des Zentrums. Dagegen wird mit 11 Stimmen des Zentrums und der Bürgerlichen Vereinigung ein Entschlußantrag des Zentrums gegen 10 Stimmen angenommen, der will, daß die Regierung darüber Erhebungen anstellen soll, ob und inwieweit auf dem Lande ein Bedürfnis für einen späteren Lebensschluß im Sinne des abgelehnten Antrages bestehe.

Schließlich kam noch ein kommunistischer Antrag über die Gewährung von Straffreiheit für alle aus politischen Motiven anläßlich politischer oder wirtschaftlicher Bestrebungen der Arbeiterklasse begangenen Straftaten“ zur Verhandlung. Der Berichterstatter kommt zu dem Ergebnis, daß der Antrag unbegründet sei. Man sei schon weitgehend entgegengekommen. Der Justizminister gibt näheren Aufschluß über die bisherigen Maßnahmen und zeigte, daß der badische Staat sehr weit gegangen sei. Nach längerer Aussprache wird der kommunistische Amnestieantrag einstimmig abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag auf Erhebung der §§ 218/19 des Reichsstrafgesetzbuches und Straffreiheit für die wegen Abtreibung Verurteilten.

Staatsprüfung für das höhere Lehramt im Jahre 1926

Die Meldungen zu der im Späthjahr 1926 abschließenden Staatsprüfung für das höhere Lehramt sind spätestens bis 10. Februar 1926, Meldungen zu Erweiterungsprüfungen spätestens bis 1. Oktober 1926 beim Unterrichtsministerium einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Fristen eintommende Gesuche oder solche mit ungenügenden Nachweisen werden nicht berücksichtigt.

Wegen der Bedingungen für die Zulassung und das Bestehen der Prüfung wird auf die Bestimmungen der §§ 3, 4, 5, 6 und 8 der Prüfungsordnung vom 2. April 1913 und auf die Verordnung vom 15. Mai 1922 verwiesen.

Die Prüfung gilt nach besonderer Vereinbarung auch für Preußen, Sachsen und Hamburg, nicht aber für die anderen Länder. Eine gleiche Vereinbarung mit den genannten Staaten ist für das in Baden auf Grund des erfolgreichen Vorbereitungsdienstes erworbene Anstellungsfähigkeitszeugnis nicht abgeschlossen.

Dr. Rehl, 15. Dez. Die Badische Landwirtschaftsbank in Karlsruhe wird ihre hiesige Filiale mit Ablauf des Jahres wieder aufheben. Bedingt ist dieser Schritt durch die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse.

Buchkritik

Anton Dettelheim: Balzac. Mit 8 Bildern. (C. S. De. München). — Eine wundervolle Biographie des großen und berühmten französischen Romanciers hat Dettelheim dem deutschen Volk gegeben. In gewählter Sprache, mit großer Weisheit wird ein Bild des berühmten Autors seines leidenschaftlichen feurigen Lebens, seines rührenden und übermenschlichen Schaffensfleißes, gezeichnet, das Wahrheit atmet, selbst ein Roman voll Leben und Kraft ist, und dem man mit Spannung folgt. Diese Biographie des großen Franzosen wird auch die Deutschen interessieren, die Wahrheit und Größe überall anerkennen, wo sie auch gewachsen sei, um so mehr, als Balzac selbst bei vielen Gelegenheiten für die Deutschen mit warmer Verehrung eingetreten ist. George Sand schreibt über Balzac: Die Bücher Balzacs, des großen Kritikers der Menschheit, sind nicht Romane in dem Sinne, den man früher damit verbunden hat. Sainte-Beuve sagt, Balzac sei sicherlich ein Eitenbildender seiner Zeit — der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — gewesen, vielleicht der originellste, berufenste, scharfsichtigste. Er besaß den Leib eines Athleten und den Feuregeist eines nach jedem Kranz greifenden Künstlers, trotz aller Schärfe seiner Kritik ist er nicht zum Bessimisten und Menschenhaßer geworden, sondern ein herzenguter, offener, ehlicher, treuer und dankbarer Mensch geblieben, der dieses Leben liebte. Möchte dieses schöne und reiche Buch, willkommen geheißen von allen Freunden des Meisters, allen Lesern zum wertvollen Einführer in Balzacs Welt werden.

Eril Heden: Strindberg. (C. S. De. München). — Wir müssen bei der Besprechung dieses Werks den Stoff, den Gegenstand, der nicht jedermanns Sache ist, scheiden von der Form, von der Darstellung, die ungemein anziehend und prächtig ist. Goethe würde Strindberg, den Mann und sein Werk, als pathologisch abgelehnt haben und es wirft auf die Spitze unserer Zeit ein merkwürdiges Licht, daß sie den pathologischen Dichter so hoch stellt; denn sein Ruhm ist bei uns in

falls. Aber da reißt ein widriges Geschick dem Glücklichen Reichtum, Wohlleben und Gesundheit weg; er sinkt mit seinem treuen Weib in Armut und Elend zurück. Und da, wo all sein Glück erloschen scheint, gründet sich endlich der Arme aus eigener Kraft der Hergensgüte ein ideales göttliches Reich in sich und um sich her. Die Liebe auf Erden ist das Werk des Menschen und aus ihr spritzt das einzige dauernde und wahre Glück, nach dem die Menschen hungern.

Der Roman ist groß durch seinen dichterischen Gehalt, größer noch durch seinen geistigen Gehalt und wird jeden Leser einnehmen, befriedigen und erheben.

Streit mit den Göttern von F. Blund. 1926. München bei Georg Müller. Der Roman bringt eine neue padende Gestaltung der Wielandage. Es ist ein mythisch-phantastisches Prosaepos aus der germanischen Bronzezeit, eine Dichtung in ganz eigenartig-altertümlichem Gewand wie Wieland, der aus göttlichem Geschlecht stammt, die Achtung der Götter vor sich nimmt, wie er zum Flieger Wieland wird, wie er sich vom Sturm getragen über die Wolken Wolans erhebt und so vom Fluch erlöst wird, den er über die Welt getragen, davon weiß in einer Sprache voll Eigenart und Schönheit diese symbolische Dichtung zu erzählen.

Zeitschriftenchau

„Elegante Welt“. Der „Lorette Kubitsch“ und seine sieben „Freiuren“, „Die ideale Silhouette von 1926“, „Die Kosmetik des Gentleman“, und andere feinsinnig illustrierte Publikationen sind in dem besonders schönen Dezemberheft zu finden. (Verlag Dr. Eißler & Co., Berlin).

Der Furdie-Almanach, herausgegeben in erweiterter Form anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Furdieverlags, steht für 1926 im Zeichen des großen kirchengeschichtlichen Ereignisses von Stockholm. Außerdem bringt er wieder eine Reihe von Aufsätzen aus verschiedenen Kultur- und Kunstgebieten.

KARL LANG

Kaiserstr. 1671
Telephon 1073
(Salamander-Schuhhaus)

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

Arztetagna in Freiburg

Am 12. und 13. Dezember fand im Kaufhausaal zu Freiburg i. Br. ein außerordentlicher badischer Arztetag statt, der sich am Samstag mit dem Ausbau der Versorgungsstufe für die badischen Ärzte beschäftigte. Diese Versorgungsstufe steht eine Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente vor. Trotz der Not, in der sich auch die badische Ärzteschaft befindet, sprach sich der Arztetag in voller Würdigung der sozialen Notwendigkeit für eine wesentliche Erhöhung der Renten aus. Das Hauptthema des Sonntags bildete die vom preussischen Wohlfahrtsminister bisher abgelehnte Wiedereinführung der Friedenssätze der preussischen Gebührenordnung, die auch für Baden maßgebend ist, sowie der neue mit der Arbeitsgemeinschaft der badischen Krankenkassenverbände abzuschließende Vertrag. Die ablehnende Haltung des preussischen Wohlfahrtsministers gab Anlaß zu einer Entschließung, die sich dagegen wendet, daß der preussische Wohlfahrtsminister es bisher noch nicht für notwendig befunden habe, die im Juli 1924 angeordnete und als vorübergehend bezeichnete Kürzung der Mindestsätze der preussischen Gebührenordnung wieder zu beseitigen. Die Hauptversammlung beauftragt den Vorstand der ärztlichen Landeszentrale, alle ihm für richtig und ausführlich erscheinenden Schritte zu ergreifen.

Der badische landesärztliche Kassenvertrag wurde nach einer lebhaften Aussprache mit der sachgemäß erforderlichen Mehrheit angenommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen die Mittelstandskassen und ähnliche, die Ärzteschaft augenblicklich beschäftigende Fragen. Die Tagung wurde am Sonntag nachmittag um 8 Uhr unter lebhaftem Danke für die Hauptreferenten der Tagung, Geheimrat Dr. Mampell-Mannheim und Dr. Gaben-Mannheim geschlossen.

Die Schwarzenbachalperre

Wie die „Mallater Zeitung“ mitteilt, hat das Badische Staatsministerium die Petition der Gemeinden und Industriellen des Mürgtals in Sachen der Schadenshaftung durch eventuelle Katastrophen der Schwarzenbachanlage abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß es als selbstverständliche Pflicht des Staates angesehen werde, wenn je wider alles Erwarten infolge eines Bruches der Sperrmauer oder infolge eines ähnlichen Vorkommnisses am Schwarzenbach ein katastrophaler Schaden entstehen sollte, zugunsten der Geschädigten helfend einzugreifen. Somit ist aus dem Gesichtspunkt allgemeiner Fürsorgepflicht der Landesregierung der besondere Schutzantrag des Mürgtals gegen die Gefahren aus der Schwarzenbachanlage hinfällig geworden.

Gemeinde-Rundschaue

Bürgermeisterwahl. In Dangstetten (Amt Waldshut) brachte der Sonntag die Wahl des neuen Oberhauptes, bei der die Einmütigkeit in der Gemeinde recht zum Ausdruck kam. Es wurde mit 200 von 208 abgegebenen Stimmen Gemeindevater Joseph Mülhaupt zum Bürgermeister gewählt.

Keine Winterbeihilfen in Nassau. Aus der letzten Stadtratsitzung ist mitzuteilen, daß mit Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage der Stadt auch in diesem Jahre von der Zuwendung einer allgemeinen Winterbeihilfe an die Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen abgesehen werden muß. Dagegen soll bei Unterstützungsgesuchen weitestgehend verfahren werden. Den Altbeteranen und Witwen wurde eine Erregung von je 30 bezw. 20 Mark bewilligt, welche vor Weihnachten zur Auszahlung kommt.

Aus der Landeshauptstadt

Schwurgericht. Gestern hatte sich vor dem Schwurgericht der 26-jährige ledige Hilfsarbeiter Alfons Westermann aus Reibheim, anlässlich in Ipringen bei Forzheim wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu verantworten. Er hatte mit einem Arbeitskollegen, dem 53-jährigen Christian Schlegel aus Ipringen gezecht. Später gerieten sie in Streit, nachdem Schlegel den Westermann des Diebstahls bezichtigt hatte. In der Wirtshaft in Ipringen verzecht Westermann dem Schlegel einen Stoß vor die Brust, so daß Schlegel rücklings hinfiel und dabei das Genick brach. Die Zeugen erklärten, daß beide angetrunken gewesen seien, Schlegel, der weniger vertragen konnte, in stärkerem Maße. Zu dem tödlichen Sturz des Schlegels mag auch sein selbst in nichternem Zustande unsicherer Gang beigetragen haben. Der medizinische Sachverständige kam in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß der Tod tatsächlich durch den Sturz und das Fallen des Schlegels gegen die Tür herbeigeführt worden sei, durch den ein Bruch der Halswirbel erfolgte. Das Urteil lautete wegen Mordfallsdiebstahls und wegen Körperverletzung mit Todesfolge auf acht Monate Gefängnis, wovon zwei Monate als durch die erlittene Unterjüngerschaft verbüßt gelten. Das Gericht hielt dem Angeklagten zugute, daß er den Tod Schlegels sicherlich nicht wollte, ja selbst nicht einmal ahnen konnte.

Angeklagtenversammlung. Montag abend fand im Festsaal des Friedrichshofes eine vom Ortsrat des Allgemeinen Freien Angeklagtenbundes einberufene öffentliche Angeklagtenversammlung statt, welche sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und dem Problem der Arbeitslosigkeit befahte. Der Landesvorsitzende des Ablandes, Landtagsabgeordneter Müdler, verwies als Referent auf die ungeheure Zahl der stellenlosen Angeklagten und forderte eine Produktionspolitik und unmittelbare sofortige Hilfe für die Notleidenden. Als Mittel auf lange Sicht sei eine durchgreifende Verbesserung der Produktionsmethoden, eine Verbilligung des Direktionsapparates, eine die Ausfuhr begünstigende Wirtschaftspolitik, die Förderung des Wohnungsbaues und eine großzügige innere Kolonisation, insbesondere in den großen Gebieten östlich der Elbe zu verlangen. Als sofortige Hilfe müsse gefordert werden: Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, sofortige Einziehung aller Angeklagten, auch der nicht-krankenversicherungspflichtigen, in die Erwerbslosenfürsorge, Wiedereinführung der Kurzarbeiterfürsorge, Erziehung von Schreibstuben, Kündigungsschutz für ältere Angestellte und nach längerer Beschäftigung Entlassung nur dann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Konkurrenz und Geschäftsaufsichten. Nach einer Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe sind seit dem 20. November 1925 in ihrem Bereiche 4 Geschäftsaufsichten angeordnet und 1 aufgehoben worden. Die Zahl der in dieser Zeit eröffneten Konkurse beträgt 14. Eingestellt wurden 8 Konkursverfahren.

Badisches Landestheater. Am heutigen Mittwoch wird Beethoven's „Fidelio“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Vorstellung, die unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll und unter szenischer Leitung von Otto Krauß stattfindet, beginnt um 7½ Uhr. Die Hauptpartien sind wie folgt besetzt: Leonore: Heddy Racema Briggemann, Minijer: Franz Schuster, Jaquino: Hans Siegfried, Florestan: Theo Straß, Don Riquaro: Walter Barth, Rocco: Dr. Hermann Waderyfennig, Marzelline: Senta Joebisch. — Nach der Vorstellung wird die „Leonore“-Ouverture Nr. 3 in C-dur gespielt.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Mannheim, 16. Dez. In den gestrigen Abendstunden veranstaltete eine große Anzahl Erwerbsloser einen Umzug durch die Straßen und versammelte sich vor dem Rathaus, wo der Bürgerausschuß über Notstandsmaßnahmen zu beschließen hatte. Bei dem Umzug wurden Fahnen und Plakate mit den Aufschriften „Was bekommen die Fürsten?“ und „Was bekommen die Erwerbslosen?“ getragen. Die Demonstranten wollten auf diese Weise den von den verschiedenen Parteien eingebrachten Anträgen auf Erwerbslosenbeihilfe entsprechenden Nachdruck verleihen. Zu Zwischenfällen ist es — wie bisher verlautet — nicht gekommen.

13. Heidelberg, 15. Dez. Am letzten Sonntag haben 250 Reichsbannerleute aus Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal dem Grabe des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert einen Besuch abgestattet und dort einen prächtigen Kranz niedergelegt. Darnach besichtigte man auch das Geburtshaus Eberts in der Pfaffengasse.

13. Ettlingen, 15. Dez. In aller Stille ist Ettlingen um eine Sehenswürdigkeit reicher geworden. Von der ehemaligen Schloßkirche ist nur noch das Defengemäße (eine Arbeit des auch in Bruchsal tätig gewesenen berühmten Münchener Hofmalers Wam) erhalten und in den letzten Monaten wieder hergestellt worden. Die überaus schwierige Arbeit wurde von dem Karlsruher Kunstmaler Kreisler und seinem Assistenten Esig ausgeführt und darf als wohl gelungen bezeichnet werden. Die beträchtlichen Kosten hat der Staat übernommen, die Gemeinde hat einen Zuschuß von 1000 M.

13. Bühl, 16. Dez. Auf ein an die Reichsbahndirektion Karlsruhe gerichtetes Schreiben bezüglich eines neuen Stationsgebäudes ist von der Reichsbahndirektion Karlsruhe die Antwort erteilt worden, daß die Instandsetzung des Aufnahmegebäudes im Bahnhof Bühl für das Jahr 1926 vorgesehen sei. Die Beseitigung des schienenleerigen Überganges der Rheinstraße nach der Limburger Straße durch eine Unter- oder Überführung kann aus finanziellen Gründen für die nächste Zeit nicht in Aussicht gestellt werden.

13. Freiburg, 14. Dez. Der bekannte Berliner Theaterkritiker Julius Bah, der sich auf einer Vortragstournee befindet, und gestern abend hier in Freiburg einen Vortrag über Bernard Shaw hielt, wurde heute vormittag 6½ Uhr unter dem Verdacht der Falschmünzerei in Haft genommen, aber um 8 Uhr bereits wieder freigelassen, da sich herausstellte, daß er tatsächlich derjenige war, der am Vorabend den Vortrag gehalten hatte. Der Zwischenfall war dadurch verursacht worden, daß ein Sachverständiger sich an verschiedenen Orten als der Kritiker Bah ausgegeben hat und die Polizei diesmal den richtigen Bah erwischt. Der Hochapler soll auf die angegebene Weise schon große Verwirrungen verübt haben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Dez.		15. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.52	168.93	168.52	169.93
Kopenhagen 100 Kr.	104.42	104.68	104.27	104.5
Italien . . . 100 L.	16.91	16.95	16.93	16.96
London . . . 1 Pf.	20.34	20.39	20.34	20.39
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	15.42	15.46	15.09	15.13
Schweiz . . . 100 Fr.	80.94	81.14	80.87	81.07
Wien 100 Schilling	59.12	59.26	59.155	59.295
Prag . . . 100 Kr.	12.415	12.455	12.42	12.46

Wijnand Fockink
LIKÖRE
Weltberühmt seit 1679
AMSTERDAM KÖLN

Maul- und Klauenseuche in Friedrichstal betr.
In Friedrichstal ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. 6.748
Eperbezirk ist die ganze Gemeinde.
Beobachtungsgebiet sind die Gemeinden Manteloch und Spöck.
Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km-Umkreises.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1925. D.3.194
Bezirksamt Abt. IIb.

Jagdpatentversteigerung
der Landeshauptstadt Karlsruhe am Mittwoch, den 23. Dezember 1925, vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Forstamts Karlsruhe, Schloßbezirk 11c. 6.749

Jagdbezirk I „Rüppurr“	400 Hektar
„ II „Mühlheim“	75 „
„ III „Veitshausen-Mühlburg“	143 „
„ IV „Hardt“	318 „
„ V „Mappendorf“	547 „
„ VI „Burgau“	150 „

Im ganzen 1633 Hektar
Nachzeit: 1. Februar 1926 bis 31. Januar 1932.
Näheres auf dem Forstamt.

Nadelrundholz-Verkauf.
Bad. Forstamt Forzheim verkauft freihändig aus dem Staatswaldbezirk I „Lagenschleib“ und II „Salde“ etwa 2000 Fm. Tannen und Fichten sowie 50 Fm. Fichten Stammholz und Abschnitte in kleineren Losen. Schriftliche Angebote sind bis spätestens Montag, den 21. Dezember d. J., früh 10 Uhr, bei dem Forstamt, von welchem nähere Auskunft und Listenauszug erteilt wird, einzureichen.

Hüten! Atemnot! Verschleimung!
Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Leute von ihrer Qual befreien. Nur Rückmarke erwünscht. 6.990
Walter Althaus
Gelligenstadt (Eichfeld) K. 3.

Les Bücher Wissen ist Macht!

BAUBUND-MÖBEL

HERVORRAGEND in FORM und GÜTE!

Ausstellung im Markgräflichen Palais am Rondellplatz
Karlsruhe Karl-Friedrichstr. 23 Ecke Markgrafenstr.

6.745. Bühl. Über das Vermögen des Schubhändlers Andreas Konrad König in Kappelwied wurde heute am 14. Dezember 1925, nachmittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner wegen Zahlungsunfähigkeit keine Zahlungen eingestellt hat und Überschuldung vorliegt. Der Rechtsagent Christ hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. Januar 1926 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Samstag, den 16. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 30. Januar 1926, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgeschlüsselt, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, in Anspruch zu nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 18. Januar 1926 Anzeige zu machen. Bühl, den 14. Dez. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
6.746. Überlingen, über das Vermögen der Firma Robert-Metallwerke Ernst Schmidt in Ober-Überlingen wurde heute am 14. Dezember 1925, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Kaufmann Wilhelm Reuble in Überlingen ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 8. Januar 1926 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 15. Januar 1926, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 15. Januar 1926, vormittags 9 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, in Anspruch zu nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. Januar 1926 Anzeige zu machen. Überlingen, 14. Dez. 1925. Badisches Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber.

Straßenbauarbeiten im Bahnhof Forzheim öffentlich zu vergeben. Die Arbeiten umfassen etwa: 465 qm Bodenaustrich, 1250 qm Radlage, 1200 qm Schottereinlage, 0,10 m stark und 350 qm Pflasterungen mit vorhandenen Steinen. Bedingnisheft u. Zeichnungen auf dem Baubüro in Forzheim, Luisenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsordrücke. Angebote mit entsprechender Aufschrift spätestens bis Dienstag, den 29. Dezember ds. Js., vormittags 11½ Uhr, beschließen und postfrei bei dem Baubüro in Forzheim einzureichen. Karlsruhe, den 14. Dezember 1925. Vorstand der Bauinspektion I. 6.747

Das Materialamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert öffentlich gegen Barzahlung Fundfachen vom 3. Vierteljahr 1925 und unanbringliche Frachtgüter, darunter goldene und silberne Damen- und Herrenuhren, Schmucksachen, Ferngläser, Bleischnur, Photoapparate, Musikinstrumente, Herrenfahräder am 17., 18. und 23. Dezember 1925, vormittags 8 Uhr, und nachmittags 2 Uhr beginnend, in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahnhof). Die besonders genannten Gegenstände werden am 17. Dezember von 10 Uhr vormittags an ausbezogen.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 17. Debr. 1925
* Volksbühne 4
Die Räuber
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller
In Szene gef. von F. Baumbach

Personen:
Maximilian v. d. Trend
Karl Kruchen
Franz Dahlen
Amalie Moeller
Spiegelberg Brand
Schweizer Klocke
Keller Vieh
Grimm Wehner
Kasemann Rühl
Schwarz Schneider
Schuffete Weber
Kosinsky Zelig
Hermann Dr. Storz
Raffor Moser Ritter
Ein Vater Herz
Daniel Gemmede
Anfang 7 Ende gegen 11
Sperstich I Mt. 5.20
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 50

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Geldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Geldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

16. Dezember 1925

Die Besoldungsfrage

Mit großer Spannung wurden in den letzten Wochen die Anstrengungen verfolgt, für die Beamenschaft noch vor Weihnachten eine gewisse Verbesserung in ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Angesichts der allgemeinen Not, in der sich Staat und Volk befinden, mußte damit gerechnet werden, daß die Hilfe, die von Seiten der Reichsregierung geleistet werden kann, nur eine beschränkte sein kann und sich nur auf die am meisten notleidenden Teile der Beamenschaft erstrecken werde. Dabei ist allerdings begreiflich, daß die Parteien ihrerseits weitgehende Anträge für eine solche Hilfsaktion einbrachten, eingedenk ihrer früheren Versprechungen und der vielen Kundgebungen der Beamenschaft über ihre Notlage.

Die letzten Tage brachten im Ausschusse des Reichstags denn auch ein zähes Ringen um die bestmögliche Lösung des aufgeworfenen Problems. Strittig war von vornherein die Frage, ob die Zuwendung einer Verbesserung der Bezüge nur bis zu einer gewissen Gruppe (etwa VI) erfolgen solle oder auch darüber hinaus und zwar bis einschließlich Gruppe XII gerechtfertigt erscheine. Unverkennbar war bei der Stellungnahme zu diesem Punkt bei den Parteien die Rücksichtnahme auf die jeweilige Anhängerschaft; gegen Schluß der Debatte zeigten sich neben bestimmten Anläufen, auch für die Beamten der Gruppe VII—XII etwas zu retten, starke Strömungen dafür, daß unter den gegebenen Verhältnissen über die Gruppe VI nicht hinausgegangen werden soll.

Die Regierungsvertreter gaben wiederholt ihren Standpunkt dahin zu erkennen, sie seien bereit, der Notlage der unteren Beamtengruppen entgegenzukommen, können aber, um der neuen Regierung nicht vorzugreifen, nur innerhalb gewisser Schranken handeln, sie müßten namentlich darauf hinweisen, daß fast sämtliche Länder sich gegen eine durchgreifende Erhöhung der Beamtensätze und besonders dahin ausgesprochen hätten, eine etwaige Erhöhung ihrerseits nur tragen zu können, wenn ihnen entsprechend höhere Anteile aus den Reichsteuern zugesichert würden. Außerdem wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick nur um eine einmalige Beihilfe handeln könne und daß eine Neuregelung der Besoldungssätze einem späteren Zeitpunkt überlassen bleiben müsse. Die bei den Ländern, der Reichspost und Reichsbahn eingelegenen Erklärungen über ihre Stellungnahme in der vorwärtigen Frage waren offenbar nicht besonders ermutigend.

Das Endergebnis der schwierigen Beratungen zwischen Regierung und Ausschuss war dann schließlich die Annahme des Antrags der Bayerischen Volkspartei und zwar in der Form, daß

als einmalige Weihnachtsbeihilfe den Beamten, Wart- und Ruhegeldempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Besoldungsgruppen I—IV ein Viertel, den Beamten usw. der Gruppen V und VI ein

Fünftel des Dezembergehalts gezahlt wird, mindestens jedoch den Bezügen 30 %, den Empfängern eines Frauenausfalls 40 %, den Empfängern von Kinderzuschlägen außerdem 5 %, den Soldatinnen insgesamt 10 %. Die Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen sollen nur ein Viertel der Dezemberbezüge erhalten.

Besprechung im Reichsministerium des Innern über beamtenrechtliche Angelegenheiten

Vor einiger Zeit fand im Reichsministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Brecht eine Besprechung der Beamtenorganisationen über beamtenrechtliche Angelegenheiten statt. Anlaß zu dieser Besprechung waren insbesondere mehrere dahingehende Eingaben des Deutschen Beamtensyndikats. Der Besprechung lagen die folgenden Tagesordnungsgegenstände zugrunde:

1. Stand der allgemeinen Beamtengesetzgebung.
2. Frage einer der strafrechtlichen entsprechenden disziplinarrechtlichen Amnestie.

Zu Punkt 1 führte Ministerialdirektor Dr. Brecht etwa folgendes aus: Die Neuregelung des Beamtensatzes werde, wie wohl bekannt sei, zu einem Teil vom Reichsministerium des Innern, zu einem Teil vom Reichsministerium der Finanzen bearbeitet. Die allgemeinen Bestimmungen des Beamtensatzes würden zum größten Teil im Reichsministerium des Innern entworfen. Die Vorarbeiten an dem allgemeinen Teil seien im Gange. Fertiggestellt seien der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung, der bereits dem Reichstag vorliege, und der Entwurf eines Gesetzes über Beamtensatzverordnungen, der zurzeit im Reichstag beraten werde. Der Grund, daß die Neuregelung des Beamtensatzes nicht in einem Gesetzentwurf vorgelegt werde, sondern daß zunächst die beiden genannten Gesetzentwürfe zur Beschlussfassung geführt würden, liege darin, daß man der Auffassung sei, die Teile, die bereits fertiggestellt seien, verabschieden zu lassen, und daß es dann später durchaus möglich sei, die bereits verabschiedeten Entwürfe in einen einheitlichen Gesetzentwurf zu vereinen. Die Entwürfe einer Reichsdienststrafordnung und eines Beamtensatzgesetzes seien insbesondere in ihrer Erledigung besonders dringlich, und man habe es nicht für zweckmäßig gehalten, die Verabschiedung dieser Entwürfe hinauszuschieben, bis der Gesamtentwurf fertiggestellt worden sei. Über den allgemeinen Teil einer Neuregelung des Beamtensatzes würden voraussichtlich im Laufe des nächsten Monats Besprechungen mit den Beamtenorganisationen stattfinden.

Von Seiten des Deutschen Beamtensyndikats wurde darauf erwidert, daß es zu bedauern sei, daß die Reichsregierung jetzt nach sechs Jahren seit Inkrafttreten der Reichsverfassung noch nicht in der Lage sei, ein geschlossenes Gesetz vorzulegen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß dafür noch andere als die angeführten Gründe maßgebend seien; es sei ins-

besondere die Schwierigkeit der Frage, wer denn überhaupt Beamter sei. Es sei außerordentlich schwierig, die genannten Entwürfe zu verabschieden, ehe verschiedene Grundfragen des Beamtensatzes geklärt seien. Es werde z. B. die Auffassung über den Charakter der Pension, die noch nicht geklärt sei, bei dem Aufbau des Dienststrafrechts eine wesentliche Rolle spielen. Der Gedanke der einheitlichen Gestaltung des Beamtensatzes sei nach Auffassung des Deutschen Beamtensyndikats des außerordentlich gefährdet. Die Vertreter der übrigen Organisationen schlossen sich im wesentlichen diesen Ausführungen an. Der Verhandlungsleiter erwiderte darauf, daß er die ausgezeichneten Befahren nicht sehe. Es werde nach seiner Auffassung durchaus möglich sein, später die einzelnen Gesetzentwürfe in einem einheitlichen Werk zu vereinen. Dabei werde es ein Leichtes sein, die bestehenden Unstimmigkeiten selbst wenn die Gesetze bereits verabschiedet seien, auszugleichen. Der Vertreter des Deutschen Beamtensyndikats erwiderte darauf, daß dies nach Ansicht des Deutschen Beamtensyndikats nicht gelingen werde.

Zu Punkt 2: Der Verhandlungsleiter berichtete über den augenblicklichen Stand der Amnestie zugunsten der Beamten, disziplinarvergeben im Anschluß an die allgemeine Amnestie. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die eine gesetzliche Regelung auf diesem Gebiet zu überwinden habe, daß man insbesondere eine sich an die allgemeine Amnestie anschließende Disziplinaramnestie nur auf politische Delikte beschränken könne; eigentliche politische, dienstliche Vergehen von Beamten seien aber außerordentlich gering. Es sei deshalb auch der Gedanke erwogen worden, ob man nicht von einer gesetzlichen Regelung absehen und bei den Disziplinarvergeben der Beamten im Wege der Einzelamnestie nach bestimmten Kriterien vorgehen solle.

Von Seiten der Organisationen wurde auf die Bedenken hingewiesen, die man bei einer Regelung dieser Frage außerhalb der Gesetzgebung haben müsse, und es wurden im einzelnen die weitergehenden Wünsche vorgetragen, deren Erfüllung für notwendig erachtet wurde. Es wurde auch besonders zur Erwägung gestellt, ob man nicht die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks im Jahre 1922 verhängten Disziplinarstrafen als unter die Amnestie fallend ansehen müsse.

Da den Organisationen vor der Besprechung Unterlagen über die in Aussicht genommene Regelung nicht gegeben waren, enthielten sich diese einer abschließenden Stellungnahme, bis eine genaue Überprüfung der Vorschläge möglich sei. Der Verhandlungsleiter konnte die Überzeugung einer konkreten Vorlage nicht bestimmen in Aussicht stellen. Der Verhandlungsleiter erklärte schließlich noch, daß auch seitens der Reichsregierung noch keine abschließende Stellungnahme zu der Frage vorliege, und daß die seitens der Organisationen vorgebrachten Bedenken, insbesondere zu der Regelung außerhalb des Gesetzgebungsorgans, nochmals überprüft werden würden. Falls man sich doch zu einer Gesetzesvorlage entschließen würde, die Beamtenorganisationen nochmals eingeladen werden.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstr. 123 zwisch. h. n. W. 14. und Karlsrufer
Wandbilderschmuck
Inhaber: W. Bertsch Bildereinrahmungen

Möbel Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen **RM. 389**
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Weihnachtsschmuck, Weihnachtskerzen
Wunderkerzen
liefert billigst 485
Seb. Münch, Karlsruhe, Hirschstr. 28
Vereine erhalten Rabatt

Pianos von M. 900.— an
Violinen von M. 3.50 Lauten M. 27.50
Mandolinen von M. 10.— Zithern von M. 15.—
Gitarren von M. 15.— Holz- und Blechblasinstrumente
sowie sämtliche Bestandteile 508
Sprechapparate von M. 25.—, Platten von M. 2.50
Musikhaus Halter, Karlsruhe, Kaiserstr. 14

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Versicherungsbestand Herbst 1925:
Mehr als 250 Millionen Mark

J. H. Becker, Viktoriastr. 13
Tel. 6793
Das Haus für gute HERDE, ÖFEN,
BADEÖFEN für Kohle und Gas.
Billigste Preise!
Gute Ware!
Kein Laden!
Erstes Karlsruher
Reinigungsinstitut f.
Gasapparate

Kaufe das Gute, es war nie zu teuer!
Herren- u. Damen-Räder
in bewährter Ausstattung **Knaben- und Mädchen-Räder** mit allen Schikanen
empfehlen als Weihnachtsgeschenk, wie für
Berufszwecke einschl. Zugabe bequeme An- und Abzahlung.
Vertreter: **M. Burkert**
Karlsruhe, Waldstr. 8

Damenpelze — Pelzmützen
äußerst vorteilhaft
L. PH. WILHELM
205 Kaiserstraße 205 476

Nur noch Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende
Möbel- u. Betten-Haus
Heinrich Karrer
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten
Karlsruhe - Mühlburg 468

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-
Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien
Schnelle Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 508
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.